

Ä1 zu A2: Sein wie Ehrenfeld - nur besser!

Antragsteller*innen Jusos Nippes

Antragstext

In Zeile 7 löschen:

- ~~Senken von Hürden und Auflagen für Bars und Clubs~~

Ä1 zu A4: Gesetzliche Rentenversicherung für alle!

Antragsteller*innen Jusos Ehrenfeld

Redaktionelle Änderung

Als Jusos Köln fordern wir die Einbeziehung aller Bürger*innen in die gesetzliche Rentenversicherung. Das gesetzliche Rentenversicherungssystem soll auch Beamt*innen, Selbstständige und freie Berufe einbeziehen und deren Rentensysteme ersetzen.

Begründung

Inklusives und einheitliches Gendern.

Ä1 zu A5: Schwarzfahren muss bezahlbar bleiben, 129€-Ticket jetzt!

Antragsteller*innen Jusos Ehrenfeld

Antragstext

Als Jusos Köln fordern wir die Einführung eines solidarisch finanzierten, bundesweit gültigen 129€-Tickets für alle Studierende an öffentlichen Hochschulen in NRW und schließen uns somit den Forderungen des LAT NRWs an. Darüber hinaus fordern wir, dass Schüler*innen und Auszubildenden ein vergleichbares Ticket zum selben Preis angeboten wird.

Begründung

Finanzierbarer ÖPNV für alle jungen Menschen.

Ä2 zu A5: Schwarzfahren muss bezahlbar bleiben, 129€-Ticket jetzt!

Antragsteller*innen Jusos Mülheim

Antragstext

Von Zeile 1 bis 5:

Als Jusos Köln fordern wir die Einführung eines solidarisch finanzierten, bundesweit gültigen 129€-~~Tickets~~ Semesterticket für alle Studierende an öffentlichen Hochschulen in NRW und schließen uns somit den Forderungen des LAT NRWs an. Darüber hinaus fordern wir, dass Auszubildenden ein vergleichbares Ticket zum selben Preis angeboten wird. Langfristig stehen wir jedoch weiterhin hinter dem Beschluss eines kostenlosen ÖPNVs in NRW.

Begründung

Wie vorher!

Ä1 zu A6: Barrierefreiheit im ÖPNV

Antragsteller*innen Jusos Ehrenfeld

Redaktionelle Änderung

Als Gesellschaft haben wir die Verpflichtung, jede*r Bürger*in eine gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Diese Teilhabe umfasst auch den Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln. Um diese Schieflage zu korrigieren, fordern wir als Jusos Köln die Einführung von Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr, denn nur so können die verschiedenen Bedürfnisse von Menschen mit Einschränkungen berücksichtigt werden.

Begründung

Konsequentes Gendern.

Ä2 zu A6: Barrierefreiheit im ÖPNV

Antragsteller*innen Jusos Ehrenfeld

Antragstext

Als Gesellschaft haben wir die Verpflichtung, jedem Bürger eine gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Diese Teilhabe umfasst auch den Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln. Um diese Schieflage zu korrigieren, fordern wir als Jusos Köln die konsequente Umsetzung und den Ausbau von Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr, denn nur so können die verschiedenen Bedürfnisse von Menschen mit Einschränkungen berücksichtigt werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Ä1 zu A7: Verwaltungsblockade beenden - Bildungscampus vorantreiben

Antragsteller*innen Jusos Mülheim

Antragstext

Von Zeile 1 bis 2 einfügen:

Die Jusos Köln unterstützen die Forderung nach einer neuen Machbarkeitsstudie für den Erhalt des Hölderlin-Gymnasiums am Standort Graf-Adolf-Straße.

Begründung

Wie vorher!

Ä1 zu A8: Wissenschaftsfeindliche Traditionen beenden

Antragsteller*innen Jusos Nippes

Antragstext

Von Zeile 5 bis 6 einfügen:

? Ein Ende der Zulassung von Homöopathika nach dem Arzneimittelgesetz inklusive Aufhebung der Apothekenpflicht, um das Gleichsetzen von Homöopathika mit Arzneimitteln zu beenden

Ä2 zu A8: Wissenschaftsfeindliche Traditionen beenden

Antragsteller*innen SB Rodenkirchen

Antragstext

Von Zeile 11 bis 12 einfügen:

Ausbildung; dies soll ausdrücklich nicht etwaige Erweiterungen von Befugnissen der pflegerischen und therapeutischen Berufe ausschließen

Heilpraktiker*innen und Homöopathie-Industrie nutzen die Notlage und Ängste von Patient*innen in einem vor dem Kollaps stehenden und durchrationalisieren Gesundheitssystem schamlos aus. Sie versprechen "sanfte" und "alternative" Heilung und eine "Betrachtung des ganzen Menschen", ohne dies liefern zu können. Der deutsche Staat unterstützt dieses zu verurteilende Geschäftsprinzip durch den Anschein der Seriosität, der durch eine staatliche Überprüfung oder eine Zulassung nach dem Arzneimittelgesetz und eine daraus resultierende Apothekenpflicht verliehen wird. Die eine Heilpraktik gibt es nicht. Der Begriff umfasst eine Vielzahl unterschiedlicher Verfahren, Praktiken und Theorien, wie zum Beispiel Chiropraktik, Osteopathie, Bioenergetik oder auch Homöopathie. Alle gemeinsam haben sie, dass sie entweder in Gänze oder zu großen Teilen frei von jeglicher wissenschaftlicher Evidenz sind. Wer in Deutschland als Heilpraktiker*in arbeiten möchte, muss keine geregelte Ausbildung absolviert haben. Man muss lediglich einen Hauptschulabschluss haben, das 25. Lebensjahr vollendet haben und eine mündlich-schriftliche Überprüfung durch die Gesundheitsämter bestehen. Diese Überprüfung hat allerdings nicht das Ziel, tatsächliche Kenntnisse der Heilkunde und Krankheitslehre zu überprüfen, sondern dient primär der Gefahrenabwehr. Die gesamte Überprüfung dauert etwa zwei Stunden. Dennoch übersteigen ihre Befugnisse die der pflegerischen und vieler therapeutischer Berufe, obwohl sie eine wissenschaftlich fundierte Ausbildung durchlaufen haben. Die Homöopathie genießt in Deutschland eine Sonderrolle. Sie ist gesellschaftlich in weiten Kreisen etabliert, obwohl auch sie keine Beweise für ihre Wirksamkeit vorbringen kann. Hier hat der Satz "Homöopathie wirkt nicht über den Placeboeffekt hinaus" erfreulicherweise große Popularität erreicht. Dennoch unterliegen sie in Deutschland dem Arzneimittelgesetz. Anders als andere Arzneimittel müssen Homöopathika für ihre Zulassung allerdings keinen Wirksamkeitsnachweis erbringen, sondern lediglich dem

fachspezifischen Binnenkonsens entsprechen. Darüber hinaus enthalten aufgrund des Verfahrens der Potenzierung viele Homöopathika nicht einmal nachweisbare Mengen der namensgebenden Substanzen. Die Homöopathie kann also komplett selbst entscheiden, was ein Arzneimittel ist.

Laut dem Bund Deutscher Heilpraktiker e.V. beläuft sich der Jahresumsatz der Heilpraktiker*innen auf etwa eine Milliarde Euro, Homöopathika erzielen einen Jahresumsatz von etwa einer halben Milliarde Euro. Dies alles ist aber nicht nur teuer, sondern auch gefährlich. Zu oft sind in den letzten Jahren Fälle durch die Presse gegangen, bei denen Menschen vermeidbar durch die Behandlung wildgewordener Heilpraktiker*innen geschädigt wurden oder Patient*innen ohne adäquate Therapie starben. Diese staatlich gebilligte Abzocke von Versicherern und Patient*innen und ihre unnötige Gefährdung muss ein Ende finden.

Ä1 zu A9: Einrichtung einer 24h Kita in Lindenthal

Antragsteller*innen Jusos Rodenkirchen

Antragstext

Von Zeile 1 bis 2:

~~Die Jusos Köln beantragen eine städtische 24-Stunden Kita im Stadtbezirk Lindenthal einzurichten.~~

Wir fordern die Einrichtung einer städtischen 24-Stunden Kita im Kölner Stadtgebiet zu prüfen. Dazu soll eine Bedarfsanalyse unter anderem mit Elternbefragungen, insbesondere von Eltern, die im Schichtbetrieb arbeiten und Alleinerziehenden, durchgeführt werden. Falls ein Bedarf festgestellt werden sollte, soll eine 24-Stunden Kita als Pilotprojekt eingerichtet und die Auswirkungen fortlaufend wissenschaftlich begleitet werden

Begründung

Grundsätzlich erscheint eine 24-Stunden Kita sinnvoll. Insbesondere für Menschen, die im Schichtbetrieb arbeiten. Allerdings wurde ein solcher Bedarf bisher in Köln nicht festgestellt. Eine Einrichtung ergibt aber nur bei entsprechend hoher Nachfrage Sinn. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass es bereits jetzt schon einen Mangel an Erzieher*innen gibt. Zudem müssen die Auswirkungen auf die Kinder wissenschaftlich begleitet werden, damit sichergestellt wird, dass für diese keine Schäden entstehen.

In der Vergangenheit ist ein solches Projekt z.B. in Troisdorf aufgrund mangelnder Resonanz gescheitert: [https://www.ksta.de/region/rhein-sieg-](https://www.ksta.de/region/rhein-sieg-bonn/troisdorf/kinderbetreuung-24-stunden-kita-in-troisdorf-ist-gescheitert-316353)

[bonn/troisdorf/kinderbetreuung-24-stunden-kita-in-troisdorf-ist-gescheitert-316353](https://www.ksta.de/region/rhein-sieg-bonn/troisdorf/kinderbetreuung-24-stunden-kita-in-troisdorf-ist-gescheitert-316353)

Ähnlich auch: <https://www.rundschau-online.de/koeln/kinderbetreuung-24-stunden-kitas-in-koeln-kein-thema-229331?cb=1677237221029>

Ä1 zu A10: Verpflichtende 1. Hilfe Kurse an weiterführenden Schulen

Antragsteller*innen Jusos Kalk

Antragstext

Verletzungen passieren meistens in unserem privaten Umfeld, häufig kleine Schnittverletzungen oder Ähnliches.

Aber auch schwerere Notfälle sind nicht so selten, wie man vielleicht denken mag. Ein Verwandter bricht auf der Familienfeier zusammen, die Freundin stürzt und bricht sich das Bein.

Natürlich möchte der Großteil seinen Mitmenschen helfen, aber es ist menschlich von der Situation überfordert, von der Unsicherheit wie gelähmt zu sein.

Dabei sind die ersten Minuten die entscheidendsten, der Rettungsdienst ist im Schnitt 10-15 Minuten unterwegs. Wer in dieser Zeit erste Hilfe leistet, verdoppelt die Überlebenschancen des Unfallopfers.

Daraus folgt: Je mehr Personen erste Hilfe beherrschen, desto weniger Verunfallte sterben. Um die lebensrettenden Fähigkeiten besonders früh und flächendeckend zu vermitteln, bieten sich die Schulen an. Eine Schulung, die nur ein oder zwei Schultage beansprucht, kann zahlreiche Menschenleben retten.

Wir fordern das Land Nordrhein-Westfalen auf, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Erste-Hilfe-Ausbildung an den weiterführenden Schulen durch die Einrichtung von Schulsanitätsdiensten und regelmäßig stattfindenden Erste-Hilfe-Kursen für alle Schüler*innen zu stärken.

Begründung

Wir fürchten, dass das richtige Anliegen des Antrags mit der Forderung einer Lehrplanänderung zu keiner Umsetzung kommen wird.

Mit der Änderung von Lehrplänen kommen langwierige Debatten, etwa um die Frage, was anstelle des neuen Stoffes schwinden soll, wer den neuen Stoff zusätzlich zu vermitteln hat u.v.m.

Mit einer offeneren Formulierung und der erweiterten Involvierung der Schüler*innen durch Schulsanitätsdienst beabsichtigen wir dem Antrag mehr Chancen auf Verwirklichung zu ermöglichen. So kann das Land Nordrhein-Westfalen auch über Aktionstage und Kooperationen mit Erste-Hilfe-Dienstleistern flexibler die

Forderungen des Antrages in die Tat umsetzen.

Ä2 zu A10: Verpflichtende 1. Hilfe Kurse an weiterführenden Schulen

Antragsteller*innen Jusos Rodenkirchen und Jusos Kalk

Antragstext

Von Zeile 15 bis 16:

~~Deshalb fordern wir, die erste Hilfe als Pflichtstoff in den Lehrplan aller weiterführenden Schulen in NRW aufzunehmen.~~

Wir fordern das Land Nordrhein-Westfalen auf, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Erste-Hilfe-Ausbildung an den weiterführenden Schulen durch die Einrichtung von Schulsanitätsdiensten und regelmäßig stattfindenden, verpflichtende Erste-Hilfe-Kursen für alle Schüler*innen zu stärken.

Ä1 zu A13: Polizeigewalt unabhängig aufklären

Antragsteller*innen Jusos Mülheim

Antragstext

Von Zeile 24 bis 25 einfügen:

Anzeige/Gericht/Verurteilung gebracht werden, in vielen Bundesländern u.a. in NRW sind diese mangelhaft.[Leerzeichen]

Des Weiteren fordern wir die Wiedereinführung der Kennzeichnungspflicht.

Ä1 zu A16: Musikalische Vielfalt auf den Straßen einer musikalisch vielfältigen Stadt.

Antragsteller*innen Jusos Nippes

Antragstext

Von Zeile 1 bis 2 einfügen:

Die Jusos fordern die Aufhebung des Lautsprecherverbots in der Straßenmusik Kölns. Es soll jedoch eine dauerhafte Überschreitung von 85 dB (a) durch Straßenmusik vermieden werden.

Ä1 zu A18: Bibliothek der Dinge

Antragsteller*innen Jusos Ehrenfeld

Antragstext

Unter dem Stichwort „Bibliothek der Dinge“ verleiht die Stadtbibliothek Köln neben Büchern und Medien auch Gegenstände, zum Beispiel Musikinstrumente, Spiele, Nähmaschinen, Experimentierkästen oder Navigationsgeräte. Wir fordern außerdem die Möglichkeit der Ausleihe weiterer Gebrauchsgegenstände, wie zum Beispiel Werkzeuge, Küchengeräte, Tandems, Lastenräder, Inlineskates, Schlittschuhe, SUP-Boards, Reisekoffer und Elektronikzubehör. Dieses Angebot soll in geeigneten zentralen städtischen Einrichtungen mit eigenem Personal, welches sich um Instandhaltung und Verwaltung kümmert, zur Verfügung gestellt werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.